

AUGE/UG	<i>Nein zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts! Nein zum 6-Punkte-Legislativpaket der EU-Kommission!</i>
Resolution 1	
Annahme	Ausschuss EU und Internationales

Von Seiten der AK Wien wurden zahlreiche Aktivitäten im Sinne der Forderungen der Resolution gesetzt:

- Ende Jänner 2011 wurde eine umfangreiche Stellungnahme der BAK an Mitglieder der Bundesregierung (ua BK Faymann) übermittelt. Es wurde festgehalten, dass die Diskussion zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU zwar grundsätzlich begrüßt wird, die konkreten Vorschläge der Kommission in wesentlichen Punkten jedoch nicht zielführend sind. In Bezug auf den Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte muss klargestellt sein, dass die Festsetzung der Löhne bzw des Lohnniveaus Angelegenheit der Kollektivpartner ist. Gleichzeitig wurde ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell für Europa gefordert, um die Binnennachfrage zu stärken. Die schwache Entwicklung der Masseneinkommen, die Verschiebung der Einkommensverteilung nach oben und die hohe Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit tragen in vielen EU-Staaten maßgeblich dazu bei, dass die Binnennachfrage schwach ausgeprägt ist. Verteilungspolitische Fragen dürfen im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung nicht länger ignoriert werden.
- Sowohl die Legislativvorschläge der Kommission als auch der im Februar 2011 von Deutschland und Frankreich lancierte Pakt für Wettbewerbsfähigkeit (bzw

Pakt für den Euro) waren Thema einer gemeinsamen Pressekonferenz von AK-Präsident Herbert Tumpel und ÖGB-Präsident Erich Foglar am 21. März 2011. Beide begrüßen grundsätzlich die Debatte über die Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung, die vorliegenden Vorschläge würden jedoch in die falsche Richtung weisen. Notwendig seien differenzierte Ansätze, die auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten Rücksicht nehmen. Die Verschärfung der prozyklischen Ausrichtung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird grundsätzlich abgelehnt. Beide Präsidenten fordern ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell für Europa und keine wettbewerbsorientierte Niedriglohnstrategie.

Mitte Jänner 2011 legte die Kommission ihren Jahreswachstumsbericht vor, in dem konsequente Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen auf den Dienstleistungs-, Produkt- und Arbeitsmärkten im Vordergrund stehen. Die BAK kritisierte in einer umfassenden Stellungnahme die aus ihrer Sicht falsche Ausrichtung der Vorschläge der Kommission und forderte einmal mehr einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel auf europäischer Ebene.

Der Berichtszeitraum wurde zudem für publizistische Verwertungen der Thematik genutzt, ua mit Beiträgen im EU-Infobrief.